

### Wer den Hundebrand zum Better hat...

Eine Berliner Korrespondenz bringt folgende Mitteilung über den neuen preußischen Minister des Innern v. Dallwig.

"Wäre das Königreich Preußen ein parlamentarisch regierter Staat, so hätte das Vorsteuerteil des nach dem der auswärtsliegenden Angelegenheiten wichtigsten Ministeriums dem Amt des ausländigabgebenden Reichsrats, nämlich Herrn Dr. Ernst v. Hendebrand und Herrn v. Sosa, über einen Jahr angeboten werden müssen. Aber der Übergang dieses Mannes ruht nicht auf einer Dienstwohnung in einem der Berliner Ministerien. Er würde sich daher in ein Abhängigkeitsverhältnis führen. Und er würde die Wacht, die er der Regierung gegenüber in Händen hat, verlieren, wenn er selbst ein Kind des Regierungskabinetts würde. Da gegen sprechen viele Argumente dafür, dass Herr Hans von Dallwig, der bisherige Oberpräsident der Provinz Schlesien, auf Rat und Empfehlung des Herrn von Hendebrand ins Nachfolge des Herrn von Molte berufen werden soll. Herr v. Dallwig ist der Better des Herrn von Hendebrand, genauer, der Kau von Hendebrand, die als Rädchen auslaufen kann v. Dallwig die Herstellung des Herrn von Hendebrand — wenn man von einem solchen sprechen darf — Herrn von Dallwig die Erfidheit des Herrn von Molte anzuvertrauen, könnte bei dem leidenden Staatsmann um so mehr auf eine günstige Aufnahme rechnen, als Herr v. Bethmann-Hollweg die guten Eigenschaften des Herrn v. Dallwig seit Jahren kennt und schätzt. Dem Kaiser in Herr v. Dallwig seit Jahren gut bekannt. Beide sind wie Herren des Corps der "Preußen" in Bonn am Rhein, wo Herr v. Dallwig im Jahre 1879, der damalige Prinz Wilhelm von Preußen 1878 eingepflegt."

Der Kaiser, der Ministerpräsident und sogar Herr v. Hendebrand kennen die guten Eigenschaften des neuen Dallwig! Da muss ja ganz besonders Großes von diesem Polizeiminister erwartet werden!

### Politische Fürsorgeziehung.

Die Konservativen haben sich so sehr daran gewöhnt, in den freikirchlichen Wählern bei Stichwahlen billige, willige reaktionäre Hilfsstruppen zu sehen, dass die Amtssprecher ob der freikirchlichen Wahlparole in Friedberg-Büdingen schämen? Die Kreuzzeitung macht es noch verhältnismäßig gnädig. Sie proklamiert nur die neue konservative Wahltafel: "Die Aufstellung eigener Kandidaten in allen Wahlkreisen, in denen auch nur die geringste Aussicht auf einen Erfolg sich bietet, und bei Stichwahlen zwischen dem Fortschritt und der Sozialdemokratie die strengste Wahlenthaltung". Die Deutsche Tageszeitung geht einen Schritt weiter. Nachdem sie dem Freiheitsbericht beigelegt hat, dass er schon längst in eine strenge Erziehungsfürsorge hätte genommen werden müssen", empfiehlt sie den Konservativen eine "energische Vergeltung", um dann hinzufügen:

"Als sollen wir nicht mehr auf die weitere Entwicklung des Freiheitsberichts warten, damit nicht die kostbare Zeit bis zu den Neuwahlen 1912 vergossen wird, vielmehr muss die Erziehung des Freiheitsberichts schon bei etwaigen Nachwahlen beginnen, vielleicht, dass das gebrauchte Kind dann doch das heuer scheuen lernt!"

Der Plan der Konservativen, für den Freiheitsbericht eine programmatische politische Fürsorgeziehung einzuleiten, schändet die Konservativen weniger als die Freikirchlichen. Hatten doch die Fortschrittmänner den Konservativen im Jahre 1907 allein 28 Mandate verschafft! Soll die Achtung des Junckerpads vor jöldiger Sorte Fortschrittlern etwa steigen?

### Der Evangelika-Kummel und die Regierung.

Der protestantische Protestantismus gegen die päpstliche Schimpfepistel hört nicht nur nicht auf, er ist in der letzten Zeit sogar trotz des großen "diplomatischen Erfolges" Bethmann-Hollwegs beim Volksanleger geworden. Die Helden vom Evangelischen Bund lassen sich die Gelegenheit nicht so leicht entgehen, einmal gehörig die Reklamekommel für sich zu rühren. Und dazu kommt noch eine ganze Reihe Leute, denen Bethmanns römische Erfolge nur ein Hohnlächeln entlockt und die nun erst recht in Protestfundgebungen machen wollen. Das ist aber Bethmann-Hollweg durchaus nicht unannehmbar, er fürchtet für sein Renomme und erträgt daher am Mittwoch abend an der Spize der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung eine neue offizielle Declaration des Antwort des päpstlichen Stuhles an die preußische Regierung.

Es wird darin versichert, dass die Antwort durchaus den Vorberichtigungen der preußischen Regierung entsprochen habe. Es werde auch das Bedauern über die Eindringung des konfessionellen Feinds ausgedrückt, und endlich habe der Papst den deutschen Bischofen den Befehl gegeben, die Veröffentlichung der Evangelika zu unterlassen. Weit habe die preußische Regierung nicht gewollt.

### Wehrsteuerliches.

In der Konferenz, die im Reichshofshaupt stattfand, um Unterlagen für eine Regelung der Veteranenbeihilfe zu schaffen, wurden nicht weniger wie neun verschiedene Vorschläge auf Einführung einer Wehrsteuer gemacht. Man war sich natürlich von vornherein darüber klar, dass eine Wehrsteuer nur dann als Steuer möglich sei, wenn sie geringe Erhebungssummen verursache. Vorschlägen wurde u. a. von allen Richtungsdiensten einen gewissen Prozentsatz der Einkommensteuer mehr zu erheben. Dieser Prozentsatz soll sich nach dem Einkommen absuchen und bei 100 M. Einkommen mit etwa 1 Proz. beginnen, er steigt bis etwa 20 Proz. Viennig sind nach oben abzurunden. Die niedrigste Steuersumme zahlt etwa 10 Pf., der Mittelstand-Nichtsoldat 2 bis 3 M., der Besserbefolzte 15 bis 20 M. Wehrsteuer für das Jahr. Dieser Modus wäre der einschlägig; es wäre nur notwendig, im September jeden Jahres auf den Veranlagungssätzen eine Erklärung zu fordern, ob der Betreffende Soldat gewesen oder nicht, auch ist der Grund der Nichtausbeutung anzugeben. Erklärungssätzen gelten als Dienste, Rümpel werden nicht zur Wehrsteuer herangezogen. Die Wehrsteuer hätte keine Rückwirkung Kraft und gilt auch nur bis zum 40. Lebensjahr, dem Jahre, in dem der Gedanke zum Landsturm übertritt. Bei der Beratung soll sich dann aber gezeigt haben, dass gegen jeden Vorschlag unüberwindliche Schwierigkeiten bestanden, so dass die Teilnehmer der Kommission sich von der Unmöglichkeit der Wehrsteuer überzeugen mussten.

### Die "Besitzsteuer" des Schnapsblos.

Die "Besitzsteuer" in der Reichsfinanzreform sind von Anfang an als Steuern nicht auf das Geld, das man hat, sondern das man braucht, gekennzeichnet worden. Die konservativ-klerikale Presse hat das bestätigt. Jetzt wird nun bekannt, dass die Juncker lebt, Herr von Oldenburg an der Spitze, von diesen Besitzsteuern als - Schulden erstmals getroffen worden sind. Es ist interessant, dass die Verhandlungen einer Konferenz sämtlicher General-Landschaftsdirektoren, die einzige und allein der Talonsteuer ge-

widmet war, bis jetzt vollständiges Geheimnis der Agrarier geblieben sind, obwohl die Verhandlungen bereits am 21. Okt. vor vorigem Jahre stattgefunden haben. So nicht hält diese Geheimlichkeit. Erst die Preußischen Handbücher läuten jetzt das Geheimnis jener Beratungen auf Grund von amtlichen Schriften. Der Meinungsaustausch, so heißt es dort, ergab das Einverständnis der Beratung darüber, dass von dem Verlust einer Eingabe der Ausbogenteuer von den Inhabern Abstand zu nehmen sei. Das heißt, nicht der Besitzer des Handbuchs, der Geldgeber, soll die Steuer tragen, sondern der Geldleiher. Als man sich also in die Notwendigkeit vertiegt hat, selber die Steuer zu tragen, fragte Herr v. Oldenburg, "dass die Fassung der Vorlage wohl dazu beigetragen hat, sie besonders unpopulär zu machen". Und ein anderer Reichstagsabgeordneter, Herr v. Reddel-Sulzen — der Urheber des Antrags, Schnaps unter 33 Proz. Spiritus zu verbieten —, erkannte an, "dass die Wirkungen (des Reichssteuergesetzes) anders gedacht waren, als sie sich jetzt im Wirtschaftsleben gezeigt haben". Es wurde endlich beschlossen, statt der geplanten 2% 2½% zunächst alle die 940000 M. die man den Börsenjuden auferlegen wollte, selber zu zahlen, und noch 235000 M. dazu.

Ein großer Erfolg, dass die steuerfreien Juister nach ihrer eignen Gelehrte, gerade dort einmal "Besitz" steuern zahlen müssen, wo der Besitz — anderen gehört.

### Ausschaltung der Krankenkassen.

Das preußische Oberverwaltungsgericht hat jetzt als oberste Instanz in dem Streit zwischen dem Magistrat in Kassel und der Kreiskrankenfasse ebendorf verhandelt. Die Kasse hatte 90 M. aus Rassenmitteln zur Delegation für die Jahresversammlung des Zentralverbandes der deutschen Kreiskrankenfassen bewilligt. Der Magistrat erklärte dies als ungültige Verwendung von Rassenmitteln. Die Kasse fand die Verfügung des Magistrats an und der Bezirkstaatschulz erklärte das Verfahren der Kasse für durchaus berechtigt. Der Bezirkstaatschulz verwies darauf, dass die Krankenkassen bestreitig seien müssen, Mittel aufzutunen für Beratungen über die damals zur öffentlichen Kritik gestellt gewesene und in Bremen beratene Reichsversicherungsordnung. Jetzt hat aber das Oberverwaltungsgericht anders entschieden: es dürfen wohl Mittel aufgewendet werden zur Verbreitung der heute geltenden, die Rassen berührenden Gesetzgebungsbestimmungen, nicht aber zur Veratung eines künftigen Gesetzes.

Durch eine solche ausgetüftelte Untertheilung wird natürlich wieder die Bewegungsfreiheit der Rassen erschwert und zugleich werden die Interessen der Rassenmitglieder geschädigt.

### Kontrolle der Pflichtarbeit.

Dem Bundesrat liegt zurzeit der im Reichshofshaupt ausgearbeitete Entwurf einer Verordnung vor, die die Vergütung des Sozial- und der Steuer bei der Ausübung von Tafelzeugnissen, den veränderten Verdämmen entstehend, zu regeln bestimmt. Hierbei soll den Wünschen der beteiligten Industrie weitgehend Rechnung getragen werden können. Besonders werden die Vergütungsumsätze so viel wie möglich den erhöhten Sozial- und Steuerschäden und dem derzeitigen Stande der Habilitationstechnik angepasst, auch wegen Sozialkontrolle gewisse Gleichheiten vorzusehen. Dem Berneben noch ist man bemüht, die Arbeiten so zu fördern, dass die neue Vergütungsordnung schon am 1. Juli d. J. in Kraft treten kann.

### Jugendliche und Freiheitsstrafen.

Ein vernünftiger Erfolg wird der Kranft. Blg. aus Hessen erreicht. Um Jugendliche unrichtig vor Verhöhung einer an die Stelle uneintraglicher Geldstrafen tretennde Freiheitsstrafe zu bewahren, hat das Justizministerium des Strafvollstreckungsbehörden empfohlen, die Verstößen oder deren gesetzliche Vertreter zu verlassen, entsprechende Anträge auf die Gewährung von Zahlungssäulen zu stellen. Die Erprobung habe gelehrt, dass nicht selten die Dienststellen jugendlicher Verstößen auf den Wunsch der Vollstreckungsbehörden erdigig seien, die Abrechnung der Teilzahlungen an die zuständige Stelle zu vermitteln.

### Ein "Scheinbundprojekt".

Vor der Strafkammer des Landgerichts in München begann am Mittwoch ein umlangender Scheinbundprojekt, der sich gegen den Katholiken-Erich Mühsam aus Berlin, den Klavierpianist Schulze, genannt Moraz, aus München, den Hofschauspieler Eisl und den Buchdruckertreuen Kandler glaubt aus München richtet. Es handelt sich hierbei um ein Nachspiel zu der "Springfestsatire" in der Burgstraße, wegen der bereits zwei Jugendliche vom Nürnberger Jugendgerichtshof abgeurteilt worden sind. Es waren das die Arbeiter Hellner und Kellner, die eine Dynamitpatrone dort zur Explosion gebracht hatten, ohne das Menschenleben zu Schaden gelommen waren. Bei der Eröffnung dieses "Kriminal" wurde auch ermittelt, dass die beiden nicht nur in homologen Kreisen verkehrt hatten, sondern auch mit Erich Mühsam und dem unzähligen nach der Schweiz geflüchteten Studenten der Theologie Roel in anarchistischen Kreisen verkehrt haben. Die Anklage wirkt nun den obengenannten Angeklagten vor, dass sie in München eine anarchistische Gruppe "Tat" gegründet haben. Die Anklage lautet auf Vergehen gegen die §§ 128 und 129 des Strafgesetzbuchs. Die Verhandlung wird sich auf mehrere Tage erstrecken.

### Held Martin.

Regierungsrat a. D. Rudolf Martin hat den verantwortlichen Redakteur der Königlicher Hartungschen Zeitung wegen Verleumdung verklagt. Regierungsrat Martin fühlt sich durch eine Veröffentlichung seines Buches "Deutsche Nachkinder" beleidigt, deren inkriminierte Stelle lautet:

Um es nun herauszufinden, eine Geschichtsschreibung, die um so dreister ist, als sie so kurze Zeit nach deren Vorgängern erfolgt. An dieser Heftzeitung wird dadurch nichts gehindert, dass ein anderer sich diese Entschuldigung zu eignen möcht und sie in sensationell geschöppter Form noch einmal vortrage."

### Zur reichsständischen Verfassungsreform.

Dem Landesausschuss ist ein Antrag Hauß und Genossen zugangen, der verlangt, dass die Regierung sich an seiner Verfassungsreform beteilige, ohne die Meinung des Parlaments eingeholt zu haben. Der Antrag ist von sämtlichen klerikalen öffentlichen Abgeordneten und des Sozialisten Blocks unterzeichnet. Er wird am nächsten Mittwoch, dem Schlüttag der Session, im Landesausschuss zur Beratung kommen, so dass der Schluss dem stürmischen Verlauf der ganzen Session wohl entsprechen wird.

### Braunschweig a. C. Kubus.

Für das durch den Tod des nationalliberalen Abgeordneten Otto erledigte Reichstagsmandat des Wahlkreises Frankfurt a. O. Kubus habe am Dienstag in Braunschweig a. C. die Vorstände der Nationalliberalen Partei und der Norddeutschen Volkspartei und auch die zugesagten Vertreterinnen beschlossen, den Reichsbürgertag Dr. Winter-Magdeburg als Kandidaten aufzustellen. Er gebietet der nationalliberalen Partei an.

**Die deutsch-schwedischen Handelsbeziehungen.** Die Verhandlungen wegen des Handelsvertrages mit Schweden hätten, wie der schwedische Handelsverein von günstiger Seite erhofft, kaum vor dem 1. September an sollen wieder fortgesetzt werden. Das Material wird gegenwärtig bearbeitet und soll im nächsten Monat zur Prüfung gelangen.

**Ein "Rektiss".** Am 1. Juli dieses Jahres wird Helgoland die Privilegien bestätigen, die ihm für die Zeit von 1860 bis 1910 gewährt worden waren, nachdem ihm das Recht der Freiheit der Handelsaufzufunden bereit vor zehn Jahren bei Einführung des Bürgerlichen Gesetzbuchs entzogen worden war. Bereits seitens Helgoland die Polizeiprivilegien. Helgoland gilt bis jetzt als solchen verzerrt werden; während Helgoland selbst keinen Einfluss auf die Privilegien besitzt, die ihm auf Helgoland ein Holländische Kolonisten, zwilflich übernommen, auf Helgoland eingeführten waren. Die Zeit des billigen englischen Tabaks, der auf Helgoland bis jetzt nicht mehr als in England kostet, ist endgültig vorüber. Das andere nun erlösende Ereignis ist die Befreiung von der Wehrpflicht. Im Herbst werden ersten Helgoländer Rekruten für die Marine ausgeschoben werden, die jungen Männer, die nach dem 1. Juli 1890 geboren sind; die älteren sind nicht mehr wehrpflichtig.

**Hessen und die Schiffsschreibabgaben.** In der zweiten Sessionsrath, die am Mittwoch wieder zusammengetreten ist, erklärt Staatsminister Dr. Gmehl auf eine Interpellation, dass die Konservative Regierung dem neuen preußischen Entwurf über die Schiffsschreibabgaben ihre Zustimmung erteilt habe.

**e. Der bayerische Steuerkonflikt.** Der Sekretär des Reichstags, Herr v. Knebel, hat jetzt seine Anträge zum Einkommensteuer- und Gemeindeanlagengeley sowie zum Einführungsgesetz formuliert. Der Reichstag beantragt ebenso kurz wie energisch bei allen weimlichen Reichstagsabgeordnetenhaus wieder zu bestreiten und die Konservativen des Abgeordnetenhauses wieder zu bestreiten. Das Steuernministerium der Konservativen soll auf 2% statt 3% erhöht werden, dagegen die Abgabe für Gewerbegeellschaften auf 2% Proz. statt 2% Proz. des Kapitals erhöht werden. Der Kinderpatentag — Abgabe für Kinder der minderbehinderten Familien — soll wieder aufgestrichen, dagegen die Progression im Tarif für die höchsten Einkommen herabgesetzt werden. Die grundägyptische Steuerordnung der Besitzenden (aller Arten) und die ebenso grundägyptische Belastung der Besitzlosen wird mit schöner Folgerichtigkeit durchgeführt. Noch das Blattwerk des Reichstags dienen Anträgen, so schreibt die ganze Reform, sofern das Zentrum in der zweiten Kammer nicht umfällt. Dem Zentrum wäre aber in seiner jetzigen Lage das Schaffen der neuen Steuerbelastung nicht unangemessen, zumal sie höchstlich ihm erwünschte Veränderungen in der immer noch zu liberalen Regierung zur Folge haben könnte. Natürlich der Ministerpräsident ist den Schwarzen im Wege.

**Offiziersdienst.** Vor kurzem wurde berichtet, dass die Dienststellen katholischen Offizieren in München sich geweigert hätten, an der Heimkehrmarschprojektion teilzunehmen. Auf eine Anfrage des Abg. Willer-Steinweg wegen des Rechts zur Teilnahme erklärte der Kriegsminister, es bestelle die Anordnung, dass bei Heimkehrstellen fiktiver Natur, an denen der Bundesheer teilnimmt, die Offiziere der betreffenden Konfession teilnehmen haben. Diese Anordnung sollte folgerichtig folge getreten werden. Eine Verschärfung legendischer Art sei nicht eingetreten.

**Die Nationalisierung** läuft an, so dass sie vom 1. Juli an in veränderter Form, und zwar mit einem alten Zugabe als die einzige Berliner Abendzeitung großen Erfolg erscheinen werde. Sie will weiterhin die nationalliberalen Soche vertreten. Natürlich auch "im großen Stil".

**Zwischenkrieg.** Auf dem ganz in der Nähe von Kreuztal gelegenen Rittergut Schönborn, das dem Juncker und Sozialistenfreund v. Grossow gehört, wurde die dortige Dorfschule auf acht Tage geschlossen, weil der Juncker v. Grossow billige Arbeitskräfte zum Außenhandel einzubringen scheint. Dadurch ist von einer Reutest in Kreuztal und dessen weiterer Umgebung keine Rente.

**Wehr, wenn er losgelassen!** Der bekannte Graf Bülow-Kleinlinde, der zurzeit in dem Sanatorium Friedenthal bei München untergebracht ist, ist auf der Auftakt entwichen.

**kleine politische Nachrichten.** Aus Wien wird berichtet: Die parlamentarische Kommission der slowakischen Union hat beschlossen, die Förderung der Slowaken in der Frage der italienischen Hochschule nachdrücklich zu unterstützen. — Die den Vorort gegen Griechenland betreibende Volksmenge in Galata und Skutari nimmt eine drohende Haltung an. In Galata muhte die Polizei einzureihen. Ein Griech, der die Polizeiarbeiten bei der deutschen Gewerbeanstalt übernommen hatte, wurde von türkischen Arbeitern schwer verletzt, weil er auch griechische Ausländer anstellen wollte. — Der Armatourführer Tebrell Jussuf wurde im Reichsgebiet mit 500 Aufständischen von den Truppen umzingelt. Es entpuppt sich ein heiliger Kampf, bei dem die Armatour bestreitende Verbündete erlitten. Schließlich wurden 120 Aufständische von den Truppen gefangen genommen. Die Verbündeten der Truppen sind unbekannt. — Ragim Balica teilte der türkischen Regierung mit, dass der gegen die Kurden gerichtete Feldzug glücklich für die türkischen Truppen ausgegangen ist. Den Kurden wurde eine Niederlage beigebracht, wobei sie 90 Tote verloren. Die Verbündeten auf türkischer Seite sind sehr gering. Ragim Balica hat der Expedition den Befehl gegeben, nur das nördliche und nordöstliche Hinterland des Kurdengebiets zu durchstreifen. — Eine Republik aus Cananca in Mexiko meldet, dass die Wölfe der Kurden im Kato auf amerikanisches Gebiet transportiert werden müssten, da die Böden befürchteten, dass die Revolutionäre sich ihrer bemächtigen könnten. Unter den Gefangenen befindet sich auch der Gegner des Präsidenten Diaz Señor Gato.

### Ausland.

#### Cestereich-Linggau.

**Und dem Abgeordnetenhaus.** Wien, 22. Juni. Bei der fortgesetzten Budgetberatung im Abgeordnetenhaus kam es während einer Rede des Abgeordneten Kneißl (katholisch-konservativ-national), der für die herrschende Verhältnisse in Linggau und die Unterdrückung der nationalen Bevölkerung sprach, dass die Juden verantwortlich machen, zu leidenschaftlichen Streitigkeiten. Ganz Linggau nimmt eine drohende Haltung an. In Galata muhte die Polizei einzureihen. Ein Griech, der die Polizeiarbeiten bei der deutschen Gewerbeanstalt übernahm, wurde in "Gemeindeverwaltung" leichtlich aus eigenem Antriebe die Tat vollbracht. Temmelschmid sprach aber die Aufklärungen, die nunmehr über die Beteiligung der Katholiken an der großdeutschen Gewerbeanstalt vorliegen. Es ist jedoch festgestellt worden, dass Katholisch während der Annexionzeit der serbischen Kriegspartei in Belgrad angehörte, die unter Führung des Serben Georg einen Aufstand in Bosnien unterführte, und Mitglied des speziell bosnischen Komites der bosnischen Patrioten in Sandžak, mit dem er bestreitete war,

**Die bosnische Unannehmlichkeit.** Wien, 22. Juni. Die von halbmuslimischer Seite gegebene Darstellung, dass das Attentat auf den bosnischen Landesdirektor keine polnische Bedeutung habe, wird sich kaum aufrecht halten lassen. Es wurde darauf hingewiesen, dass eine Unterwerfung seines Komplotts zulässt, gefordert habe, ja man möglicherweise sogar glauben machen, Geraschko habe in "Gemeindeverwaltung" lediglich aus eigenem Antriebe die Tat vollbracht. Temmelschmid sprach aber die Aufklärungen, die nunmehr über die Beteiligung der Katholiken an der großdeutschen Gewerbeanstalt vorliegen. Es ist jedoch festgestellt worden, dass Katholisch während der Annexionzeit der serbischen Kriegspartei in Belgrad angehörte, die unter Führung des Serben Georg einen Aufstand in Bosnien unterführte, und Mitglied des speziell bosnischen Komites der bosnischen Patrioten in Sandžak, mit dem er bestreitete war,